

Bonn, 26. November 2025



#### **Pressekontakt**

BAGSO

Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Seniorenorganisationen  
e.V.

Barbara Stupp

Telefon 0228 / 24 99 93 12  
stupp@bagso.de



## **E-Scooter-Novelle: Verbände fordern deutliche Nachbesserungen für mehr Sicherheit und Barrierefreiheit**

Acht zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, haben sich mit einem offenen Brief an die Landesminister und -ministerinnen für Verkehr und Soziales gewandt. Sie fordern, den aktuellen Regierungsentwurf zur Änderung der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) sowie zur Straßenverkehrsordnung (StVO) und zum Bußgeldkatalog (BKatV) abzulehnen. Vor den jeweiligen Sitzungen des Verkehrs- und Sozialausschusses im Bundesrat am 3. und 4. Dezember 2025 appellieren sie an die Länder, die geplanten Regelungen grundlegend zu überarbeiten – für mehr Sicherheit und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum.

Die Verordnung für Elektrokleinstfahrzeuge regelt die Nutzung von E-Scootern und wird derzeit überarbeitet. Nach Einschätzung der Verbände gehen die geplanten Änderungen jedoch nicht weit genug: „Die im aktuellen Entwurf vorgesehenen Regelungen sind nicht geeignet, die durch E-Scooter verursachten massiven Gefahren für Zufußgehende zu beseitigen. Sie würden weder das aktuelle Abstell-Chaos auf den Gehwegen beheben, noch würden sie die steigenden Unfallzahlen senken“, heißt es in dem offenen Brief.

Insbesondere Menschen mit Behinderungen, Ältere und Kinder sind durch herumliegende E-Scooter gefährdet. Diese stellen



Pressemitteilung

**E-Scooter-Novelle:**

**Verbände fordern deutliche  
Nachbesserungen für mehr  
Sicherheit und  
Barrierefreiheit**



weiterhin gefährliche Stolperfallen dar. Die Verbände fordern daher, dass Sicherheit und Barrierefreiheit oberste Priorität in der Novelle haben müssen.

Kritisch sehen die Organisationen, dass Städte bei Leih-E-Scootern weiterhin selbst entscheiden, ob sie feste Abstellflächen einführen oder das freie Abstellen auf Gehwegen („free floating“) erlauben. Zudem soll das Fahren von E-Scootern künftig auch auf Gehwegen und in Fußgängerzonen erlaubt werden, wenn sie für den Radverkehr freigegeben sind. Nach Ansicht der Unterzeichnenden wird dies zu noch mehr Konflikten im ohnehin knappen Fußverkehrsraum führen.

Besonders alarmierend ist die geplante Ausnahme von der bestehenden Überholabstandsregel: Künftig sollen E-Scooter beim Überholen von Zufußgehenden nicht mehr den vorgeschriebenen Abstand von 1,5 Metern einhalten müssen. Auch die Erhöhung des Bußgeldes für das Fahren auf Gehwegen auf lediglich 25 Euro ist nicht ansatzweise abschreckend und damit wirkungslos.

#### **Die unterzeichnenden Organisationen fordern:**

- Sicherheit des Fußverkehrs hat Vorrang.
- Verbindliche Abstellflächen für Leih-E-Scooter einführen.
- Keine Gleichstellung von E-Scootern mit dem Radverkehr.
- Keine Freigabe von Gehwegen und Fußgängerzonen für E-Scooter.
- Beibehaltung des 1,5-Meter-Überholabstands.
- Deutlich höhere Bußgelder für Fehlverhalten von E-Scooter-Fahrenden.



Pressemitteilung

### **E-Scooter-Novelle:**

**Verbände fordern deutliche  
Nachbesserungen für mehr  
Sicherheit und  
Barrierefreiheit**



### **Unterzeichnende Organisationen**

- BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V.
- Changing Cities e. V.
- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e. V.
- Der Paritätische Gesamtverband
- FUSS e. V.
- Gewerkschaft der Polizei – Bundesvorstand
- Sozialverband VdK Deutschland e. V.
- Verkehrsclub Deutschland e. V.

[Offener Brief an Landesverkehrsministerien: Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung](#)



### **Über die BAGSO**

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind mehr als 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

